



«Deutliche Brems Spuren»: Ökonom Kooths, 50.

«Neue Lust am Sozialismus»

Stürzt Deutschland in eine Rezession? Ist die Industrie ernsthaft gefährdet? Der Konjunkturoperte Stefan Kooths vom renommierten Kieler Institut für Weltwirtschaft legt dar, wie die Politik frühere Erfolge verspielt und wie der neue Umverteilungskampf den Wohlstand bedroht. *Von Beat Gygi*

Stefan Kooths gehört zu den Ökonomen, die in ihrer Karriere auch die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaften für Gesellschaft und Politik ernst nehmen. Nach dem Volkswirtschaftsstudium und der Promotion an der Universität Münster war er in Forschung und Lehre tätig, 2005 wechselte er in die angewandte Wirtschaftsforschung zuerst beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, ab 2010 beim Kieler Institut für Weltwirtschaft, wo er seit 2014 das Prognosezentrum leitet. Von dieser vermeintlich statistisch-nüchternen Plattform des Konjunkturoperen aus tritt Kooths, dessen Interesse auch dem Geld- und Währungswesen, internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der Ordnungsökonomik gilt, lebhaft in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatten auf, seit vergangenem Jahr auch als neuer Vorsitzender der Hayek-Gesellschaft.

Herr Kooths, bringt 2020 Deutschland eine Rezession, was für Europa und vor allem auch für die Schweiz gravierend wäre?

Nein, eine Rezession sehen wir nicht. Was sich abzeichnet, ist eine relativ schwache Entwicklung in der ersten Hälfte 2020. Konjunkturell gesehen, kriecht Deutschland etwas mühsam ins neue Jahr.

Dass es in der Industrie schlecht läuft, wirkt sich also nicht gross aus?

Jedenfalls nicht so stark, dass es die gesamte Wirtschaft unter die Wasserkante drücken würde. Die Industrie selber befindet sich ja schon seit etwa einem halben Jahr in einer Rezession. Was die Konjunktur zurzeit in Schwung hält, sind die konsumnahen Dienstleistungen, zusätzlich verstärkt durch staatliche Impulse, die hauptsächlich via verfügbares Einkommen der privaten Haushalte wirken.

Deutschland war doch mal Exportweltmeister.

Entscheidend für die Mitte 2020 erwartete Erholung ist, dass die deutsche Exportleistung wieder Anschluss findet an die Welt-handelsentwicklung. Angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen ist von

amerikanischer Seite 2020 kein neues Störfeuer zu erwarten. Zudem dürfte sich nach dem Hin und Her um den Brexit die Lage in Europa etwas beruhigen, auch wenn wichtige Fragen noch ungeklärt sind.

Die deutsche Autoindustrie ist aber ernsthaft am Abbauen von Stellen.

Im Automobilbau wirken zyklische und strukturelle Faktoren zusammen, daher ist dort die Lage besonders angespannt. In der gesamten Breite betrachtet, versucht die Industrie nach wie vor, das Personal so lange als möglich zu halten, auch wenn die Produktion zurückgeht. Die Lohnquote steigt weiter, die Firmen sind also bereit, das Personal durch die Schwächephase hindurch zu halten, um im Aufschwung wieder durchstarten zu können.

Ist das ein typisches Verhaltensmuster?

Ja, besonders ausgeprägt war es zuletzt in der Finanzkrise 2008/2009. Dennoch: Der Arbeitsmarkt ist ein nachlaufender Indikator für die Konjunktur, niedrige Arbeitslosenzahlen taugen daher nicht zur Entwar-



nung. Wichtig ist vielmehr, wie sich das Schrumpfen einzelner Industriebranchen noch auf den Arbeitsmarkt auswirken wird, und da sehen wir bei den unternehmensnahen Dienstleistern schon deutliche Brems Spuren. Viele hoffen heute, die demografische Entwicklung werde uns künftig vor grösserer Arbeitslosigkeit verschonen, weil die Arbeitskräfte zunehmend knapper werden. Aber irgendwo hat die Bereitschaft der Unternehmen zum Horten von Arbeitskräften ihre Grenzen.

Aus Angst vor Fachkräftemangel müssen die Firmen also doch scharf rechnen.

Ganz klar, und das kommt für mich in der wirtschaftspolitischen Debatte oft zu kurz. Politik, Verwaltung und Sozialpartner bestärken sich gerne gegenseitig in der Ansicht, Deutschland habe jetzt eine Art Teflon-Arbeitsmarkt, der alles aushaltet und an dem alles einfach so abperle, was in der Wirtschaftspolitik falsch gemacht oder liegen gelassen wird.

Ist das eine Illusion?

Die Gefahr ist gross, dass die Unternehmen schleichend den Rückzug aus Deutschland antreten, was dann allzu leicht dem Radar der Wirtschaftspolitik entgeht. Das scheint mir auch ein wichtiger Aspekt im Fahrzeugbau zu sein: Die weltweiten Absatzzahlen der deutschen Hersteller sind ordentlich – aber für die Produktion am Standort Deutschland gilt das nicht.

Wird Deutschland zum Verlierer-Standort?

Selbst wenn man von Friktionen bei Automodell-Wechseln absieht, ist es unverkennbar: Die Produktion wird immer mehr in andere europäische Länder und zum Teil auch in die Vereinigten Staaten und andere Regionen verlagert. Das hat meiner Ansicht nach auch damit zu tun, dass wir in Deutschland seit etwa 2005 praktisch keine standortstärkenden wirtschaftspolitischen Initiativen mehr gesehen

«Das ist eine Operation am offenen Herzen einer der grössten Industrienationen der Welt.»

haben. Im Gegenteil, Jahr für Jahr kam immer eine Regulierung zur andern hinzu, betreffe dies die Rückkehr aus der Teilzeit, den Mindestlohn, die hoch bleibende Besteuerung, dieses oder jenes; alles zusammen untergräbt die Attraktivität des Produktionsstandortes.

Wirklich schlimm tönt das nicht.

Es ist wie in der Geschichte «Gulliver bei den Zwergen». Da wurde dieser mit zahllosen feinen Fäden an den Boden gebunden, kein einzelner Faden war entscheidend, aber alle zusammen hielten ihn fest. Und jetzt kommt eine Energiepolitik hinzu, die enorme Unsicherheiten über die Preisentwicklung und die Versorgungssicherheit ins Spiel bringt. Das ist ein neuartiges Real-Experiment, eine Operation am offenen Herzen einer der grössten Industrienationen der Welt.

Die etablierte Politik sieht darin eine Pioniertat mit Vorbildcharakter für die Welt, und viele Industriemanager machen mit.

Das sorgt jedenfalls nicht für stärkeres Vertrauen der Investoren in den Produktionsstandort Deutschland. Und wer meint, all das würde an der deutschen Industrie abprallen, weil wir grossartige Ingenieure hätten, die am Ende vielleicht sogar die Physik ausser Kraft setzen könnten, der muss irgendwann anerkennen, das alles seine Grenzen hat und auch die ökonomischen Gesetzmässigkeiten nicht missachtet werden können.

Stimmt der Eindruck, dass Verteilungsdebatten in den letzten zehn Jahren intensiver und verbissener geworden sind?

Das ist so. Vor fünfzehn Jahren war in Deutschland das dominierende wirtschaftspolitische Thema die Massenarbeitslosigkeit. Dieses Problem vermochte man zu überwinden, auch dank unpopulären arbeitsmarktpolitischen Reformen der Regierung Schröder. Jetzt fährt man die Ernte ein, denn die damaligen Änderungen in der Lohnpolitik brachten nachhaltige Erfolge – und ich befürchte, dass man diese nun wieder verspielen wird.

Wo sehen Sie Anzeichen dafür?

Immer lauter wird nun die klischeehafte Argumentation aufgewärmt, nach der die

Ungleichheiten und Verteilungsgerechtigkeiten zunehmen und zu korrigieren seien.

Solche Thesen sind ja Mode geworden.

Ja, aber die Daten sprechen eine andere Sprache, wenn sie nicht verzerrt dargestellt werden. Breite Arbeitnehmerschichten haben genau von der marktorientierten Politik profitiert, die damals auf eine Verbesserung der Bedingungen abzielte, um mehr Beschäftigung zu schaffen und die Lohneinkommen zu stärken. Aber diese Resultate, Beschäftigungserfolge und Verbesserung der Kaufkraft der Arbeitnehmer, finden in der öffentlichen Debatte kaum Beachtung. Was die Marktmechanismen gerade auch für die abhängig Beschäftigten leisten, wird einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Ist Marktmedizin unbeliebt, auch wenn sie wirkt?

Es ist das Problem jeder marktwirtschaftlichen Ordnung, dass ihr der eigene Erfolg zum Verhängnis wird. Man betrachtet diesen rasch als selbstverständlich und sieht nur noch, was noch nicht erreicht ist. Die Lücke sollen dann sozialistische Politikentwürfe schliessen, die allen alles versprechen. Eine solche Vorgehensweise verkennt, dass ein Wirtschaftssystem immer Wünsche unerfüllt lassen muss. Es geht um Entscheide, wofür knappe Ressourcen eingesetzt werden sollen, nicht um den Weg ins Schlaraffenland. In der Debatte muss dann aber regelmässig die raue Wirklichkeit des Marktes gegen ein sozialistisches Ideal antreten, das von den eigentlichen Problemen abstrahiert. Diesen Vergleich kann die Marktwirtschaft nur verlieren.

Hängt das zusammen mit dem, was Sie «die neue Lust am Sozialismus» nennen?

Genau. Ich bin ja jetzt seit einigen Monaten auch auf Twitter unterwegs und sehe, wie da

UNABHÄNGIGKEIT



«Lesen Sie in unserer Kundeninformation Check-Up (www.reichmuthco.ch), warum Unabhängigkeit für unsere Kunden, wie auch für uns ein zentraler Wert für die Strategie ist.»

Christof Reichmuth
unbeschränkt haftender Gesellschafter

PRIVATBANKIERS
REICHMUTH & CO
INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

LUZERN | ZÜRICH | ST. GALLEN

immer wieder alte und abwegige Diskursmuster gepflegt werden, die den Markt negativ darstellen. Da werden Thesen und Behauptungen präsentiert, die sich bei näherem Hinsehen überhaupt nicht mit den realen Daten decken, ja in vollem Widerspruch dazu stehen.

Das Schwärmen von Idealen gehört doch zum politischen Verteilungskampf.

Natürlich, und das fällt natürlich umso leichter, als die Beispiele für den realen Sozialismus auf der Welt immer seltener werden und man dann verharmlosend sagt, Venezuela, Nordkorea und Kuba hätten zwar nicht funktioniert, aber die würden es eben falsch angehen. Selbst nach Dutzenden von gescheiterten Sozialismus-Grossversuchen wird immer wieder keck gesagt, das Versagen sei einzelnen Fehlern zuzurechnen und nicht einem systematischen Irrtum.

Ist denn die liberale deutsche Ordnungspolitik, wie man sie aus dem Wirtschaftswunder und später aus der sozialen Marktwirtschaft kennt, völlig verschüttet?

Das Problem ist, dass die deutsche ordnungswirtschaftliche Tradition an den Hochschulen zu wenig Unterstützung erhält. Das akademische Lager hat sich in den Wirtschaftswissenschaften stark internationalisiert, was ich befürworte, aber dabei wurde die liberale Wirtschaftstheorie zu wenig gepflegt, besonders der zentrale Standpunkt dieser Disziplin, der besagt: Der Staat muss vorsichtig sein mit Interventionen in der Wirtschaftspolitik, weil die Politiker kaum überschauen können, was sie damit alles anrichten.

Die Finanzkrise von 2008/2009 wird aber oft angeführt als Beispiel dafür, dass die Ökonomen eben nichts kommen sahen.

Das ist natürlich besonders bitter für die liberalen Ökonomen, die den geldpolitischen Interventionismus vor 2007 aufs schärfste kritisiert hatten, als die US-Notenbank sich unter Alan Greenspan

«Man verspricht den Leuten billiges Geld, Staatsausgaben auf Pump und hohe Löhne.»

und Nachfolgern zu einer Art Versicherung gegen Kurseinbrüche am Aktienmarkt entwickelte. Der Begriff «Greenspan put» veranschaulichte treffend, dass eine Geldpolitik, die zum Auffangnetz degenerierte und das Haftungsprinzip ausser Kraft setzte, mit einer liberalen Wirtschaftspolitik nichts mehr zu tun hatte.

Wie steht es denn mit der heutigen Geldpolitik, die ja noch extremer ist?

Zehn Jahre lang hatten wir nach der Finanzkrise jetzt eine ultraexpansive Geldpolitik, und mittlerweile ist den meisten

klar, dass die Nebenwirkungen dieser Stimulierung doch beträchtlich sind und eine fortgesetzte Geldmengenausweitung oder Zinsreduktionen wohl kaum mehr viel Wirkung erzielen können. Nun werden Rufe laut, dass sich die Finanzpolitik stärker engagieren solle. Man solle mehr Staatsverschuldung in Kauf nehmen – dabei ist es doch so, dass genau die Finanzpolitik im vergangenen Jahrzehnt die Schulden einfach aus dem Ruder laufen liess – fast überall, mit Ausnahme etwa der Niederlande und Deutschlands.

Ist also die Geldpolitik wie auch die Finanzpolitik am Ende ihrer Möglichkeiten?

Im Prinzip sind beide ausgereizt. Die Politiker spielen jetzt mit dem Feuer, weil sie verzweifelt nach Steuermöglichkeiten suchen. Zurzeit zeichnet sich ein Revival keynesianischer Ideen ab, einer Spielart der Lust am Sozialismus. Es scheint, dass Rezepte, die früher einmal erfolglos oder schädlich waren, nicht einfach verschwinden, sondern nach gebührender Frist wieder auftauchen, wie bei einer Pendelbewegung. Die Keynesianer waren in den siebziger Jahren mit ihren Ansätzen gescheitert, mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaften ging später der ganze Sozialismus bankrott, aber nun, eine Generation später, scheinen diese Ideen wieder aus der Gruft zu kriechen.

In welcher Form?

In der Form von fast unwiderstehlichen Verheissungen: Man verspricht den Leuten billiges Geld, billige Kredite, Staatsausgaben auf Pump und möglichst hohe Löhne. Solche Empfehlungen klingen einfach zu verführerisch, als dass es nicht immer wieder Gruppen gäbe, bei denen diese Anklang finden.

Ökonomen machen dabei aber auch mit.

Aus Sicht der Wissenschaft ist von Bedeutung, dass der Keynesianismus quasi vollgestopft ist mit sogenannten Paradoxien. Eigentlich wissen wir, dass für wirtschaftliches Wachstum zuerst einmal Investitionen zu tätigen sind, dass ein Kapitalstock aufzubauen ist und dass dafür gespart werden muss. Sparen heisst, auf Konsum zu verzichten, und das tun die Leute nicht gerne. Wie toll muss es dann sein, wenn jemand kommt und sagt: «Nein, ihr müsst genau das Gegenteil machen, ihr müsst nicht verzichten, ihr müsst weniger sparen, um euren Wohlstand zu mehren.» Das ist für Akademiker allein deshalb schon interessant, weil es so paradox klingt. Das hat einen gewissen intellektuellen Sex-appeal. Meiner Ansicht nach verschafft genau das den einschlägigen sozialphilosophischen Richtungen immer wieder regen akademischen Zulauf.

Grob gesagt: der Glaube daran, dass es etwas gratis gibt?

Ja, der Traum vom sogenannten *free lunch*, also dem Gratis-Mittagessen, das es in Wirk-

lichkeit aber nicht gibt, ist auch in der Ökonomie nicht ausgeträumt. Sozialwissenschaftler lassen sich immer faszinieren von Gesellschaftsmodellen, die sozusagen Manna vom Himmel regnen lassen. Wissenschaftlich ist das wohl ähnlich faszinierend wie bei den Ingenieuren die Suche nach dem Perpetuum

«Am Ende trifft es diejenigen am schlimmsten, denen man heute die grössten Versprechungen macht.»

mobile oder nach einer Energieeinrichtung, bei der am Ende mehr Energie herauskommt, als man hineinsteckt.

Das haben wir heute doch schon konkret: Man nimmt Schulden auf und erhält dafür noch Zins, weil man dem andern das Geld abnimmt.

Genau, die gegenwärtigen Debatten über die heutigen Negativzinsen, in denen nun behauptet wird, der natürliche Zins sei jetzt eben im negativen Bereich gelandet, sind bereits stark durch diese Sicht geprägt, die letztlich heisst: Güter sind nicht mehr knapp, nein, wir haben zu viele Güter. Am Ende laufen alle diese Traum-Theorien und Paradoxien darauf hinaus, dass es keine Knappheit gibt, dass es an nichts mehr fehlt, dass alles da ist, einfach so, gratis.

Aber die reale Welt ist nicht paradox?

Nein, und die liberalen Ökonomen sind dann eben die Spielverderber, die darauf hinweisen, dass am Ende des Tages etwas erarbeitet und gespart sein muss, wenn man Wohlstand schaffen will. Das wirkt dann so, als wolle man den Menschen ihren *free lunch* nicht gönnen.

Was geschieht, wenn man die Lust am Sozialismus auslebt, bis es halt nicht mehr geht?

Am Ende trifft es diejenigen am schlimmsten, denen man heute die grössten Versprechungen macht. Denn alles, was den Kapitalstock-Aufbau behindert, belastet nicht primär die Superreichen, von denen immer die Rede ist, sondern diejenigen, die davon abhängig sind, dass die Volkswirtschaft mit einer guten Kapitalausstattung funktionieren kann.

Wird sich das Problem der expansiven Geldpolitik und der unkontrollierten Verschuldung Ihrer Ansicht nach irgendwie glimpflich lösen lassen, oder erwarten Sie eher einen Krach?

Ich fürchte, dass wir zumindest aus der Geldpolitik nicht ohne eine heftige Anpassungsrezession herauskommen. Eine Kombination von Inflation und Vermögensentwertung könnte sich zu einer Krise zuspitzen, die wohl die schwächsten Gruppen der Gesellschaft am härtesten treffen würde. Das ist leider ein wiederkehrendes Muster einer verfehlten Wirtschaftspolitik. ○